

42
79

Union in Deutschland

Bonn, den 6. Dezember 1979

Wahlkampf '80: Fair und sparsam

Die Verabschiedung eines Programms zur Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft (s. Dokumentation dieser Ausgabe), Beschlüsse zur Wahlkampfführung 1980 und ein Appell an die SPD, bei ihren Beschlüssen in Berlin die nationalen Interessen unseres Landes im Auge zu behalten, standen im Mittelpunkt der letzten Sitzung des Bundesvorstandes in diesem Jahr (3. Dezember 1979).

Der Bundesvorstand der CDU hat den Etat der Bundesgeschäftsstelle der CDU für das Wahlkampfjahr 1980 beschlossen. Der Vorstand hat dabei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen notwendigen Kosten und dem Grundsatz der gebotenen Sparsamkeit gefunden. Dabei wurde auf die erforderliche Wahlkampfplanung der Bundesgeschäftsstelle beim Europawahlkampf zurückgegriffen. Durch effektiven Einsatz der Mittel wurde bei dieser Wahl ein hervorragendes Ergebnis mit einem vergleichsweise niedrigen Etatvolumen erreicht.

Die Etatplanung für den Bundestagswahlkampf 1980 steht im Einklang mit den Vorschlägen des Generalsekretärs für ein Wahlkampfabkommen zwischen den vier im Bundestag vertretenen Parteien. Dieses sieht eine zeitliche und finan-

(Weiter auf Seite 2)

■ **ENERGIEDEBATTE**
Union fordert Regierung zu notwendigen Sofortmaßnahmen auf
Seite 5

■ **FAMILIENGELD**
Anträge der Union im Bundestag und im Bundesrat
Seite 8

■ **KOALITION**
Schmidts Behauptung, die Gerichte behindern den Bau von Kernkraftwerken, ist absolut falsch
Seite 9

■ **WOHNUNGSBAU**
Änderungsgesetz der SPD/FDP in dieser Form weder nötig noch sozial
Seite 11

■ **BUNDESTAG**
Für Gleichbehandlung der Frau am Arbeitsplatz
Seite 12

■ **SOZIALPOLITIK**
Die SPD will über die Besteuerung zur Nivellierung der Renten
Seite 13

■ **GESAMTSCHULE**
Franz Josef Strauß: Kanzler soll bei der Wahrheit bleiben
Seite 14

■ **ASYLVERFAHREN**
Baums Heuchelei ist unerträglich
Seite 15

■ **DOKUMENTATION**
Programm der CDU zur Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft
grüner Teil

zielle Begrenzung von zentralen Werbemaßnahmen im Bundestagswahlkampf 1980 vor. Der Bundesvorstand unterstützt nachdrücklich diese Vorschläge. Er fordert die anderen Parteien auf, über die Höhe und Zusammensetzung der zentralen finanziellen Aufwendungen für die Bundestagswahl jeweils getrennt öffentlich Rechenschaft gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Bundestags abzulegen.

Mit dem Wahlkampfabkommen sollen sich die Parteien zu einer sachlichen und fairen Wahlkampfführung verpflichten. Persönliche Verunglimpfungen und Beleidigungen sowie organisierte Störungen von Wahlveranstaltungen sollen unterbleiben. Auf direkte oder indirekte Wahlkampfmaßnahmen in Betrieben

solle verzichtet werden. Alle Parteien sollen bei den Bundesbehörden auf einen Verzicht von Sichtwerbemitteln in der Wahlkampfzeit dringen und deren Veröffentlichungen nicht als Werbemittel für Parteien einsetzen (vgl. UId 41/79).

Der Bundesvorstand appelliert an die Vertreter der Medien, die Wahlkampfführung der Parteien durch eine umfassende und ausgewogene Unterrichtung und faire Kommentierung parteipolitischer Vorgänge zu unterstützen. Diesem Appell sollten sich die anderen Parteien ebenfalls anschließen. Auch wenn sich SPD und FDP diesem Aufruf verweigern sollten, wird die CDU diese Forderungen für eine faire und sachliche Wahlkampfführung beachten.

Appell an den SPD-Parteitag

Der Bundesvorstand hat sich eindringlich an den Bundesparteitag der SPD mit der Aufforderung gewandt, die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland vor allem bei der Beratung und Beschlußfassung über Kernenergie und Nachrüstung der NATO im Auge zu behalten.

Die Delegierten des SPD-Bundesparteitages tragen eine große Verantwortung für die künftige Sicherung der Energieversorgung unseres Landes wie auch für die Glaubwürdigkeit der Verteidigungsanstrengungen im Bündnis. Angesichts der Verletzlichkeit unserer in hohem Maße von ausländischen Quellen abhängigen Energieversorgung ist der Ausbau der Kernenergie unter Beachtung strengster Sicherheitsvorkehrungen die entscheidende Voraussetzung für die Stabilität unseres Landes wie für die Sicherung unserer Zukunft.

Wenn die Sozialisten in der SPD aus ideologischer Verblendung sich der

Notwendigkeit verweigern, den Rüstungsvorsprung des Warschauer Paktes durch eine Nachrüstung unseres Verteidigungsbündnisses wenigstens teilweise auszugleichen, so belasten sie in einer unerträglichen Weise die Solidarität unserer Verteidigungsanstrengungen. Für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa ist das Gleichgewicht der Kräfte unabdingbar.

Schöne Bescherung!

Zur Besteuerung der Weihnachtsgratifikation erklärte der Unionsabgeordnete Norbert Blüm, der Steuerstaat nehme die Arbeitnehmer jetzt auch noch die letzte Freude am Weihnachtsgeld. Er wies darauf hin, daß dadurch auch die Betriebsräte um den Erfolg ihrer Anstrengungen gebracht würden. Denn sie hätten in vielen Betrieben eine Erhöhung des Weihnachtsgeldes durchgesetzt.

■ INFORMATION

Übereinstimmung in den zentralen Fragen

Zu einem Gespräch trafen sich Franz Josef Strauß und der Bundesvorstand sowie die Landesvorsitzenden der Frauenvereinigung der CDU unter Vorsitz von MdB Helga Wex: In der Diskussion über aktuelle gesellschaftspolitische Themen und über die Frauen besonders angehende Fragen wurde zwischen dem Kanzlerkandidaten und der Bundesfrauenvereinigung in den zentralen Themen Übereinstimmung erzielt.

Der durch die jetzige Bundesregierung verursachte große Nachholbedarf für die Familien muß beseitigt werden. Familienpolitik ist gleichermaßen Finanzpolitik, Bildungspolitik, Wohnungsbaupolitik, Sozialpolitik u. a. Die Frauenvereinigung begrüßt in diesem Zusammenhang, daß die CDU der Familienpolitik Vorrang eingeräumt hat, z. B. durch die Einführung des Erziehungsgeldes, Anrechnung von Erziehungsjahren und andere familienfördernde Maßnahmen.

Sozialisten erlitten in Portugal schwere Niederlage

Zum Ausgang der Parlamentswahlen in Portugal erklärte Helmut Kohl: Die Sozialistische Partei unter Mario Soares erlitt eine empfindliche Niederlage. Die CDU erfüllt der Wahlsieg ihrer christlich-demokratischen Schwesterpartei mit großer Befriedigung. Der portugiesische Wähler hat damit die sachbezogene, auf innere Stabilisierung gerichtete Politik unserer Partnerpartei mit einem soliden Vertrauensvotum honoriert. Der Wahlerfolg der gemäßigten Parteien bietet eine feste Grundlage, das Land

aus der weitgehend von den Sozialisten verursachten Regierungskrise herauszuführen. Ein weiteres europäisches Land hat damit in demokratischer Wahl dem Sozialismus eine eindeutige Absage erteilt. Das Wahlergebnis in Portugal hat die europäische Linke einmal mehr in ihre Schranken gewiesen. Der Abwärtstrend der Sozialisten setzt sich kontinuierlich fort.

Saar-FDP koalitiert weiter mit der CDU

Die saarländische FDP hat sich am vergangenen Sonntag mit großer Mehrheit für die Fortführung der CDU/FDP-Koalition in diesem Bundesland auch nach der Landtagswahl am 27. April 1980 ausgesprochen. Auf einem Parteitag in Saarbrücken wurde ein entsprechender Vorschlag des FDP-Landesvorstandes nach mehrstündiger, zum Teil heftiger Diskussion mit 315 gegen 143 Stimmen angenommen. Ein Antrag, die FDP solle ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf ziehen, war mit 315 gegen 147 Stimmen abgelehnt worden.

Zuvor hatte der FDP-Landesvorsitzende, Wirtschaftsminister Werner Klumpp, nachdrücklich für eine Fortsetzung der CDU/FDP-Koalition plädiert, wie dies auch der FDP-Bundesvorsitzende Genscher und Wirtschaftsminister Lambsdorff in Grußtelegrammen zum Ausdruck gebracht hatten. Die FDP, sagte Klumpp, habe in der Koalition den notwendigen Freiraum, und die Zusammenarbeit mit der CDU sei gut.

Eine Zusammenarbeit mit der CDU wie an der Saar müsse sich eines Tages auch in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg wieder ermöglichen lassen. Damit, sagte Klumpp, entstünde „eine neue süddeutsche liberale Linie, die auf ihrer angestammten bürgerlich-

liberalen Wählerbasis wieder zur gestaltenden Kraft des deutschen Liberalismus werden könnte“.

Asylanten-Flut ein Politikum

Der wachsende Zustrom von Asylbewerbern hat in Stuttgart zu katastrophalen Zuständen geführt. Die Stadt kann dieses große Problem nicht mehr allein lösen, erklärte der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel. In Stuttgart meldeten sich im Oktober und November über 1 600 Asylanten, das sind doppelt so viele Bewerber wie im ganzen Jahr 1978. In diesem Jahr wird laut Rommel die Zahl 4 000 überschritten werden.

Wahlkampfkosten-Erstattung auch für Einzelbewerber

Nach einstimmigem Beschluß des Bundestags steht unabhängigen Kandidaten künftig ebenso wie politischen Parteien eine pauschale Erstattung der Wahlkampfkosten zu, wenn sie mindestens zehn Prozent der Erststimmen erhalten haben. Das Parlament folgte mit der Verabschiedung dieses Gesetzes einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach ein Ausschluß unabhängiger Bewerber von der Wahlkampfkostenerstattung mit dem Grundsatz der Chancengleichheit nicht vereinbar sei. Der Bund muß jetzt an Einzelbewerber der Wahlen von 1969 und 1972 Kosten von rund 75 000 DM erstatten.

WDR-Intendant im Zwielficht

Die Affäre um eine Äußerung des Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, von Sell (SPD), hat sich weiter zuspitzt. Der Oppositionsführer und rheinische CDU-Vorsitzende Köppler erklärte auf einer Pressekonferenz, solange sich von Sell für seine Äußerung auf einem SPD-Medienkongreß, bei dem er die Union in einen historischen Ver-

gleich mit der „Harzburger Front“ gebracht habe, nicht entschuldige, sei er für die CDU „kein Verhandlungs- und Gesprächspartner“ mehr.

Der Vergleich mit der „Harzburger Front“ hatte bereits auf einer Sitzung des WDR-Rundfunkrats zu einem Eklat geführt. Trotz Verhandlungen hatte sich von Sell nicht von seiner Aussage distanziert.

Was dieser Intendant unter einer „ausgewogenen“ Monopolanstalt versteht, bekamen die Zuschauer am vergangenen Samstagabend zu sehen, nämlich einen als „Dokumentation“ ausgegebenen DDR-Film über Konzentrationslager in Chile. Dazu schreibt die „Bild-Zeitung“: KZ-Wärter machen einen Film über KZ-Wärter. Und unser Fernsehen macht mit. In was für eine (Volks)-Front begibt sich der WDR da?

Stopp dem Ladendiebstahl

Zu der von SPD und FDP betriebenen weitgehenden Entkriminalisierung des Ladendiebstahls erklärte der Unionsabgeordnete Egon Lampersbach u. a.:

Der Ladendiebstahl ist häufig „Einstiegsdelikt“, das heißt der Anfang einer kriminellen Karriere. Die Bekämpfung dieser Form der Kriminalität ist insbesondere bei Jugendlichen sehr schwierig. Entscheidend ist jedoch eine Bewußtseinsänderung der Gesamtbevölkerung zur Problematik des Ladendiebstahls. Es darf nicht zum Volkssport werden, Ladendiebstähle zu begehen, sich unentgeltlich Beförderungsleistungen zu erschleichen oder die Steuer zu hinterziehen. Es ist daher unsere Pflicht und Aufgabe, verstärkt darauf hinzuwirken, daß die gefährliche Entwicklung gebremst und damit der sich immer mehr ausbreitenden Ladendiebstahlskriminalität schnell und effektiv entgegengewirkt wird.

■ ENERGIEVERSORGUNG

Union fordert Regierung zu notwendigen Sofortmaßnahmen auf

Die Sicherung der Energieversorgung stand aufgrund einer Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Mittelpunkt einer ausführlichen Debatte des Deutschen Bundestages (28. November 1979). Die Forderungen der Union faßt nachfolgender Entschließungsantrag zusammen:

Der Bundestag möge beschließen:

Die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit Energie

- in ausreichenden Mengen,
- bei gesicherten Lieferbeziehungen und

- zu wettbewerbsfähigen Preisen

ist für die nächsten beiden Jahrzehnte ernsthaft bedroht.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften der Nachkriegszeit, die Zukunftschancen der jungen Generation und die Stabilität des Staates sind mithin ebenfalls gefährdet.

Die ab Mitte der 80er Jahre vorhersehbaren Engpässe der Stromversorgung sind kaum noch zu vermeiden. Die rechtzeitige Sicherung der ausreichenden Lagerstätten von Kohle, Gas, Uran und nicht-konventionellen Öl in strategisch sicheren Regionen wurde unterlassen. Die Sicherung gegen kurzfristige schwere Versorgungsstörungen und einen von außen auferlegten energiepolitischen Notstand sind unzulänglich.

Die Bundesregierung hat es versäumt, den Risiken und der Bedrohung unserer Energieversorgung eine angemessene und versorgungsstrategisch durchdachte Energiepolitik entgegenzusetzen. Sie hat dadurch wertvolle Zeit zur Umstellung unserer Energieversorgung unüberbringlich verstreichen lassen und damit ihre Pflicht zu Daseinsvorsorge verletzt und das Gebot, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, mißachtet. Sie hat sich wiederholt über Mahnungen und Aufforderungen der CDU/CSU-Fraktion, ihre Energiepolitik zu korrigieren und den veränderten Umständen anzupassen, hinweggesetzt.

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ohne weiteres sachfremdes Zögern

① Das Konzept einer offensiven Kohlepolitik vorzulegen, das ihre Vorstellungen für die zukünftige Kohleförderung in Deutschland und den Bedarf an Importkohle umfaßt und auch einen Maßnahmenkatalog zur schnelleren, großtechnischen und kommerziellen Nutzung der Vergasungs- und Verflüssigungstechnik der Stein- und Braunkohle enthält.

② Ein Konzept der mittel- und langfristigen Sicherung unserer Stromversorgung vorzulegen, das bei optimaler Lastenstruktur alle energiepolitischen Hindernisse für den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken ausräumt und das sowohl Verpflichtungen über die langfri-

stige Sicherung der Verstromung deutscher Steinkohle wie für die nukleare Entsorgung der Kernkraftwerke enthält.

③ Ein unzweideutiges Programm für eine Energiesparpolitik auszuarbeiten, das unter Absage an jegliche Form von Verstaatlichung oder Vergesellschaftung oder anderem Dirigismus sich konsequent an den Geboten der marktwirtschaftlichen Ordnung orientiert und sich auf die Korrektur der Rahmendaten konzentriert, die zur Erreichung optimaler Energiesparziele veränderungsbedürftig sind.

④ Ein Konzept zur Wiederherstellung der Rechtsklarheit für alle Investitionen der Energiewirtschaft auszuarbeiten, das in materieller wie in verfahrenstechnischer Hinsicht das faktische Moratorium aufhebt, das sich als Ergebnis der gegenwärtig völlig unübersichtlichen und in ihren energiewirtschaftlichen Wirkungen nicht mehr tragbaren Rechtslage herausgebildet hat.

⑤ Einen Maßnahmenkatalog zur Förderung energiepolitischer Großinvestitionen in strategisch sicheren Zonen vorzulegen, der uns einen möglichst langfristigen Zugang zu Energielagerstätten, Verarbeitungskapazitäten und Infrastrukturmaßnahmen eröffnet, die für unsere Energieversorgung bedeutsam sind.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die notwendigen energiepolitischen Sofortmaßnahmen so anzulegen, daß eine weitgehende Unabhängigkeit vom OPEC-Öl etwa im Jahre 1990 erreicht wird.

Der unverzichtbare Beitrag der Kernenergie zur Energieversorgung wurde insbesondere durch die Schwierigkeiten einer sachgerechten Lösung der Entsorgung abgebrannter Brennele-

mente behindert. Der Deutsche Bundestag erklärt:

① Der Deutsche Bundestag begrüßt den am 28. September 1979 gefaßten Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke. Der Deutsche Bundestag bekräftigt den Grundsatz, daß die sichere Gewährleistung der Entsorgung der Kernkraftwerke eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die weitere Nutzung und für den weiteren Ausbau der Kernenergie bildet.

② Der Deutsche Bundestag anerkennt, daß damit entscheidende Voraussetzungen sowohl für jetzige und künftige Genehmigungsverfahren als auch für eine sachgerechte Erledigung anhängiger Gerichtsverfahren geschaffen worden sind.

③ Der Deutsche Bundestag legt Wert darauf, daß die Beschlüsse der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke zügig realisiert werden.

④ Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag bis zum 1. März 1980 einen Bericht vorzulegen

a) über den Stand der Erkundung des Salzstockes Gorleben und den Stand des Planfeststellungsverfahrens für das Endlager sowie über den derzeitigen Stand der Terminplanungen;

b) über den Stand der Realisierung der Zwischenlagerung bestrahlter Brennelemente, sowohl der technischen Möglichkeiten als auch der Genehmigungsverfahren;

c) über den Stand der Untersuchungen über Kapazitäten und Standortkriterien von Wiederaufbereitungsanlagen;

d) über die Durchführbarkeit der Wiederaufbereitung in einer großtechnischen Anlage mit Entsorgungsfunktion;

sowie eine Stellungnahme darüber abzugeben ob die Errichtung kleinerer Demonstrationsanlagen zur Wiederaufbereitung erforderlich ist.

In der Energiedebatte im Deutschen Bundestag erklärte Gerhard Stoltenberg, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, u. a. folgendes:

Angesichts der tiefen Erregung und Beunruhigung großer Teile der Bevölkerung, angesichts des Risses, der viele Gruppen in unserem Lande, vor allem aber die Sozialdemokratische Partei heute durchzieht, sind nun einmal die Bundesregierung und der Bundeskanzler in erster Linie gefordert. Sie waren auch in der Prägung der öffentlichen Meinung nicht in der Lage, diese Aufgaben wahrzunehmen, wahrscheinlich belastet durch den ständigen unglaublichen Dauerkonflikt in eigenen Reihen, mit der eigenen Partei.

Zu den Verirrungen der Sozialdemokraten gehört es, daß man seit 1976 versucht hat, Landtagswahlen zu Volksabstimmungen gegen die Kernenergie oder einzelne Kernkraftwerke umzufältschen.

Dies sind wirklich schreckliche Verirrungen.

Das haben wir im April in Schleswig-Holstein erlebt. Wir — die CDU Schleswig-Holsteins, die Opposition in Bonn — waren die einzige politische Kraft, die in dieser Wahl konsequent, klar und geschlossen für das Energieprogramm der Bundesregierung eingetreten ist.

Ich habe mit einigem Erstaunen gesehen, unter welchen Bedingungen und zum Teil auch mit welchen Wendungen die großen Wahlhelfer von SPD und FDP aus Bonn angekommen sind, der Bundeskanzler, der Vizekanzler und eine Reihe von Bundesministern.

Das Grundproblem ist folgendes: Die SPD kann nicht in Bonn regieren und im Lande die Protestbewegungen gegen ein Kernstück der eigenen Regierungspolitik über Jahre hinweg anführen wollen. Ich sage das, weil ich die große Sorge habe: Das geht so weiter.

Ich denke da etwa an Baden-Württemberg. Es wird von großem Interesse sein, in welcher Form der Bundeskanzler und die Bundesminister es für möglich halten, Erhard Eppler in diesen Fragen gegen eine CDU-geführte Landesregierung zu unterstützen oder nicht.

Heilloses Durcheinander in Sachen Antarktis

Forschungsminister Hauff (SPD) kann getrost durch China reisen: Die Entscheidung in der Frage des Standortes für ein deutsches Antarktis-Institut ist ihm offenbar aus der Hand genommen, stellt MdB Wolfgang von Geldern fest. Seit Monaten wartet die interessierte Öffentlichkeit nicht nur an der Küste auf die längst überfällige Entscheidung der Bundesregierung nach dem Standort des deutschen Antarktis-Instituts. Vor eineinhalb Jahren hat der Deutsche

Bundestag einstimmig den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Antarktis-Pakt beschlossen — auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seitdem kündigt die Bundesregierung die Gründung des Antarktis-Instituts an, hält sich aber weder an ihren eigenen Zeitplan noch an die objektiven Erfordernisse einer schnellen und gründlichen Entscheidung. Einer staunenden Öffentlichkeit wird die Entscheidungsfähigkeit der Bundesregierung offen vorgeführt. Angeblich soll jetzt Kanzleramtsminister Wischniewski (SPD) schlichten und entscheiden.

■ FAMILIENGELD

Anträge der Union im Bundestag und Bundesrat

Nichterwerbstätige Väter oder Mütter, die in den ersten sechs Monaten nach der Geburt ein Kind versorgen und keinen Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben, sollen vom nächsten Jahr an monatlich 500 DM erhalten. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den der Bundesrat am 30. November 1979 mehrheitlich beim Bundestag eingebracht hat.

Schon zuvor hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 27. November 1979 den Entwurf eines Gesetzes über die Einführung eines Familiengeldes im Deutschen Bundestag eingebracht. Dazu erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Sozial- und Gesellschaftspolitik, MdB Heinz Franke:

Dieser Antrag ist in der Zielsetzung mit einem unter Bundesratsdrucksache 500/79 von den von der CDU und CSU geführten Bundesländern eingebrachten Gesetzentwurf identisch. In der Begründung heißt es:

Ein Elternteil, der während der ersten sechs Lebensmonate seines Kindes für dessen Pflege und Erziehung sorgt und in dieser Zeit nicht einer Erwerbstätigkeit nachgeht und keinen Anspruch auf Mutterschaftsgeld nach den Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes hat, soll mit Wirkung vom 1. Januar 1980 ein

Familiengeld in Höhe von 500,— DM monatlich, insgesamt 3 000,— DM erhalten. Der Anspruch steht wahlweise der Mutter oder dem Vater zu. Ein Anspruch besteht außer für leibliche Kinder auch für ehelich erklärte Kinder, für an Kindes Statt angenommene Kinder, Stiefkinder und Pflegekinder.

Zielsetzung

Wesentliches Ziel des Gesetzentwurfs ist die Gleichstellung nichterwerbstätiger Elternteile — auch der Väter —, die gegenüber den Arbeitnehmerinnen benachteiligt sind, die seit dem 1. Juli 1979 Anspruch auf Mutterschaftsurlaub und Mutterschaftsurlaubsgeld von bis 25 DM je Kalendertag für bis zu vier Monate haben und im Regelfall in den Genuß von 3 000 DM kommen. Das von der CDU/CSU vorgeschlagene Familiengeld soll auch selbständig tätigen Elternteilen zustehen, die für den Zeitraum des Bezugs des Familiengeldes die berufliche Tätigkeit unterbrechen.

Die jetzt geltenden Bestimmungen über den Mutterschaftsurlaub werden im Regelfall nur für das erste Kind wirksam. Die Konzeption der CDU/CSU über ein Familiengeld kommt dagegen hauptsächlich Müttern zugute, die bereits wegen der Pflege und Erziehung bisher geborener Kinder auf eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit verzichtet haben und die ein weiteres Kind erwarten.

Kosten und Finanzierungen

Die Jahreskosten belaufen sich kassenmäßig im Jahr 1980 auf 0,6 Mrd. DM, in den Folgejahren auf 0,75 Mrd. DM.

Zur Deckung des Mehrbedarfs für 1980 wird die Fraktion der CDU/CSU konkrete Kürzungen im Bundeshaushalt 1980 vorschlagen.

■ KOALITION

Schmidts Behauptung ist absolut falsch

Bundeskanzler Schmidt sagte in der ZDF-Sendung „Bilanz“ am 28. November wie sinngemäß zuvor in der Energiedebatte: „Es sind nicht politische Kräfte, die die im Bau oder in Planung befindlichen Kraftwerke behindern, sondern es sind die Gerichte.“ Diese Behauptung ist falsch, stellt der CDU-Abgeordnete Paul Laufs fest.

① Von den elf im Bau befindlichen Kernkraftwerken sind nur zwei (Wyhl und Brokdorf) durch Gerichtsbeschlüsse mit einem Baustopp belegt. Da bei allen anderen die sofortige Vollziehbarkeit der Teilgenehmigungen besteht, ist der Fortgang der Verwaltungsstreitverfahren für den Bau und den späteren Betrieb uninteressant.

② Bei den Genehmigungsbehörden liegen gegenwärtig, teilweise seit mehr als fünf Jahren, neun Anträge auf Baugenehmigung neuer Kernkraftwerke. Diese Anträge wurden bisher nicht beschlossen und es ist nicht abzusehen, wann über sie entschieden wird. Die vier ältesten Anträge stammen aus den SPD/FDP-regierten Ländern Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Solange die erste Teilerrichtungsge-nemigung noch nicht erteilt wurde, kann auch kein Gericht die Entscheidung überprüfen und einen Baustopp verhängen.

Der Bundeskanzler vernebelt also die wirklichen Hintergründe des praktischen Stillstands im Kernkraftwerksbe-

reich. Die Wahrheit ist, daß es am politischen Willen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie fehlt. Solange der Bundeskanzler mit Rücksicht auf die Atomkraft-Nein-Danke-Gruppierungen in seiner Partei alle Verantwortung für die Verwirklichung des Energieprogramms seiner Bundesregierung von sich weist, wird das praktische Kernkraft-Moratorium bestehen bleiben. Mit den Gerichten hat dies nichts zu tun.

Der Telekrat

Unter dieser Überschrift schreibt das „Handelsblatt“ am 30. November 1979 zu Schmidts parlamentarischem Eier-tanz in der energiepolitischen Debatte des Bundestages (s. auch Seite 5/7): Der Kanzler begnügte sich mit einer Redezeit von ganzen acht Minuten. Er ersparte sich grundsätzliche und richtungweisende Ausführungen mit dem Hinweis, er habe in der nächsten Woche Gelegenheit, in einem anderen Rahmen etwas ausführlicher zur Energiepolitik zu reden. Für die Regierung habe schon Graf Lambsdorff gesprochen.

Solche parteitaktisch verständliche Geringschätzung des Parlaments wäre weniger ärgerlich, wenn Schmidt sich nicht am selben Abend in einem fünf-undzwanzigminütigen ZDF-Interview vorwiegend zu energiepolitischen Fragen geäußert hätte. Für den Kanzler ist eben das Fernsehen und nicht das Parlament das Forum der Nation.

Auch „Die Welt“ übt Grundsatzkritik: Der Kanzler bestimmt die Richtlinien der Politik. So steht es in der Verfassung. In der Verfassungswirklichkeit wird er zum Slalomläufer. Und die Flaggen steckt die Partei. Wenn schon der Kanzler sich das gefallen lassen muß, dann sollten wenigstens die Volksver-

treter um ihr Recht kämpfen. Das Parlament steht über der Partei. Über jeder Partei. Demokratie heißt Volksherrschaft und nicht Delegiertenklüngelei.

SPD erscheint jungen Leuten „reichlich langweilig“

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt glaubt, daß die Sozialdemokratische Partei den jungen Leuten in der Bundesrepublik „reichlich langweilig“ erscheint. Die Ursache dafür ist nach Ansicht Brandts, der sich im „Vorwärts“ äußerte, daß in der Politik zur Zeit „wenig drin“ sei, was die Jüngeren „von den Stühlen reißt, was in nennenswertem Maß Hoffnung vermittelt, was zum Sich-stärker-Engagieren“ herausfordert.

Den innerparteilichen Zustand der SPD hat auch der Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz kritisiert. In einem „Stern“-Interview stellte Glotz fest: „Bei zahlreichen Diskussionen in Schulen habe ich festgestellt: In den Abiturklassen gibt es eine echte Bewegung weg von der SPD.“ Der Berliner Politiker bezeichnete es als „traurig“, daß sich bei dem SPD-Bundesparteitag nur sieben der insgesamt 971 Anträge mit Jugendfragen beschäftigten.

Rentenexperte blieb auf der Strecke

Die massive Unterstützung aus Bonn hatte nichts genutzt: Nach 17 Jahren wird der Hamburger Rentenspezialist der SPD, Eugen Glombig, im nächsten Bundestag nicht mehr vertreten sein. An seine Stelle tritt — wenn er gewählt wird — ein Mann, der zu den entschiedensten Gegnern der Kernenergie zählt und der als einer der Wortführer der linken Szene gilt: Freimut Duwe, 42

Jahre alt, Lektor bei Rowohlt. Zwar wurde Duwe nur mit der hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme gewählt, der knappe Sieg aber gelang gegen einen Kandidaten, der von Brandt und Schmidt und zuletzt auch noch von Wehner volle Unterstützung erhalten hatte.

Steuerpolitik à la Matthöfer

Als ein „Wunder an Entschlußkraft“ verspottete der Unions-Abgeordnete Peter von der Heydt die auf Vorschlag von Bundesfinanzminister Hans Matthöfer beschlossene Abschaffung von drei Bagattellsteuern. Von der Heydt wies darauf hin, daß die Union einen Gesetzentwurf zur Streichung von sechs dieser Ministeuern vorgelegt habe, zu denen im Grunde insgesamt 18 der 50 Einzelsteuern zu zählen seien. Das Kabinett hatte beschlossen, die Steuern auf Zündwaren, Spielkarten und Essigsäure mit einem Einnahmeverlust von 19 Mio. DM für die Bundeskasse zum 1. Januar 1981 abzuschaffen. Nach Ansicht der Union sollten darüber hinaus die Sondersteuern auf Zucker, Salz und Leuchtmittel, zusammen rund 300 Mio. DM, aus dem Steuerekatalog gestrichen werden. Dies hatten SPD und FDP als zu teuer zurückgewiesen.

Schlappe für Horst Ehmke

Der linksgerichtete Unterbezirk Bonn der SPD hat seinem künftigen Bundestagskandidaten Horst Ehmke eine Niederlage beigebracht. Der Unterbezirksparteitag beschloß nämlich einen Bau- und Betriebsstopp für Atomkraftwerke. Gegen die Haltung des Bundesvorstandes stellte sich der Unterbezirk auch in der Abrüstungsfrage, indem er die Meinung vertrat, auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa sollte die NATO verzichten.

■ WOHNUNGSBAU

Änderungsgesetz in dieser Form weder nötig noch sozial

Gegen die Stimmen der Opposition verabschiedete der Bundestag am Freitag, 30. November 1979, das Wohnungsbauänderungsgesetz. Unter anderem wird eine zehnjährige Kündungssperrfrist für Sozialwohnungen eingeführt, die Miet- und Belegungsbindungen werden etwas liberalisiert; Sozialmietern wird ein gesetzliches Vorkaufsrecht eingeräumt, die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau werden erhöht und die Wohnungsflächengrenzen erweitert.

Für die Union kritisierte MdB Friedrich-Adolf Jahn: Die von der Koalition durchgesetzte Verschärfung des Mieterschutzes für Sozialwohnungen ist weder nötig noch sozial. Eine optimale Wohnungsversorgung wird sich auf die Dauer nur sicherstellen lassen, wenn von der staatlichen Reglementierung der Wohnungswirtschaft weitestgehend Abstand genommen wird. Bestimmen des Ordnungssystem muß auch im Wohnungsbau die Soziale Marktwirtschaft werden. Die Wohnungswirtschaft ist daher unter sozialer Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise schrittweise in die Soziale Marktwirtschaft einzubinden.

Ein Schritt in diese Richtung ist die Aufhebung der Zweiteilung des Wohnungsmarktes durch die Liberalisierung

des Sozialwohnungsbestandes. Der von Nordrhein-Westfalen eingebrachte Entwurf eines Wohnungsbauänderungsgesetzes ist daher von der CDU/CSU als ein erster Schritt in die richtige Richtung begrüßt worden. Leider ist er im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens verändert worden, daß die mit ihm verfolgten Absichten kaum noch zu erkennen sind.

Die abgelehnten Abänderungsanträge der CDU/CSU zielten auf eine stärkere Liberalisierung:

— Die Nachwirkungsfrist wird generell wieder auf fünf Jahre verkürzt.

— Wegfall der Nachwirkungsfrist bei einer freien Wohnung auch dann, wenn ein Ablösungsbonus in Anspruch genommen wurde.

— Wegfall der Nachwirkungsfrist auch dann, wenn der Mieter ein Fehlbeleger ist.

— Genereller Wegfall der Bindungen, wenn die Restschuld geringer als 5 000 DM ist.

— Keine Ausnahmemöglichkeit, insbesondere nicht für Gebiete mit erhöhtem Bedarf an Sozialwohnungen.

— Gewährung eines Bonus auch bei Rückzahlung der öffentlichen Mittel bei Mietwohnungen und solchen des zweiten Förderungsweges.

Die Auflockerung der Bindungsfristen ist ein wichtiger von der CDU/CSU seit

langem geforderter erster zaghafter Schritt auf dem ordnungspolitischen Weg, die Wohnungswirtschaft unter sozialer Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise schrittweise in die Soziale Marktwirtschaft einzubinden.

Durch die Lockerung der Bindungsfristen wird die Stellung der Mieter nicht gefährdet, da die Bindungsfristen bei Rückzahlung der öffentlichen Förde-

rungsmittel vorzeitig nur entfallen, wenn das Mietverhältnis endet.

Die Verschärfung des Mieterschutzes sowie die allgemeine Anhebung der Einkommensgrenzen treffen nicht die Spekulanten, sondern allein die einkommensschwächeren und ohnehin schon benachteiligten Haushalte. Diese Gesetze können so von der CDU/CSU nicht mitgetragen werden. Der Bundesrat hat die Chance, hier korrigierend einzugreifen.

Für Gleichbehandlung der Frauen am Arbeitsplatz

In der Debatte des Bundestages über den Gesetzentwurf über die „Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz und über die Erhaltung von Ansprüchen bei Betriebsübergang“ hat die CDU-Abgeordnete Agnes Hürland u. a. folgendes ausgeführt:

Die Fraktion der CDU/CSU unterstützt und ergreift jede Initiative, auch im Arbeitsleben die Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen. Dies stellt für sie ein wesentliches Stück des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates dar. Die Normen des Grundgesetzes sind auch die Ordnungsregeln des sozialen Lebens.

Diesen Maßstäben entspricht leider nicht in allen Fällen die tatsächliche Lage der berufstätigen Frau. Die hohe Arbeitslosigkeit bei Frauen ist nur ein Beispiel. Im Berufsleben sind Frauen meist gute Mitarbeiter, im wesentlichen aber Zuarbeiter von Männern. Selbst Schutzvorschriften wirken sich zu Lasten der Frauen aus.

Die Durchschnittsverdienste der Frauen liegen noch immer fast um ein Drittel unter denen der Männer. Die Arbeitsor-

ganisation ist häufig nur den Bedürfnissen der männlichen Arbeitnehmer angepaßt. Neben tatsächlichen und zum Teil auch rechtlichen Diskriminierungen ist für die Erwerbsarbeit der Frau von wesentlicher Bedeutung, wie die Mutterrolle und die Anforderungen der Familie angemessen eingebunden werden können.

Hier helfen nicht unbedingt neue Gesetze oder noch so detaillierte Vorschriften, vielmehr ist es notwendig, daß der schon in Gang gesetzte Umdenkungsprozeß beschleunigt wird.

Verantwortung für eine gleichberechtigte Teilnahme der Frau am Arbeitsleben tragen der Staat, die Tarifparteien, die betrieblichen Sozialpartner und nicht zuletzt die einzelne Frau und der einzelne Mann. Das Parlament sollte jedoch nur die Rolle des Staates festlegen. In die Verantwortlichkeiten der anderen Träger einzugreifen, ist gefährlich, weil dadurch deren unmittelbare Verantwortlichkeit verlorengehen kann. Es dürfen nur solche Lösungen beschlossen werden, die praktikabel sind, um einen Bumerangeffekt zu Lasten der Frauen zu vermeiden.

SOZIALPOLITIK

SPD will über die Besteuerung zur Nivellierung der Renten

Äußerungen der Staatssekretärin im Arbeitsministerium Frau Anke Fuchs in einer Fraktionssitzung der SPD zur stärkeren Besteuerung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung in der Zukunft wurden von der SPD immer wieder lebhaft dementiert.

Einzelheiten der Beschlüsse der sogenannten Wehner-Kommission, die bekannt wurden und ein Interview des Bundesarbeitsministers Herbert Ehrenberg in den „Sozialpolitischen Nachrichten“ bestätigen nun, daß die SPD ernsthaft eine Besteuerung der Renten über den Ertragsanteil hinaus will, erklärte MdB Heinz Franke, Vorsitzender des Arbeitskreises IV, Sozial- und Gesellschaftspolitik.

Die Äußerungen des Bundesarbeitsministers, höhere Renten in Zukunft zu besteuern — ab 1 600 DM bei Ledigen, ab 2 000 DM bei Verheirateten —, dokumentieren, daß die Rentenbesteuerungspläne schon sehr konkrete Formen angenommen haben und die Dementis nicht der Wahrheit entsprachen.

Aus den Äußerungen des Bundesarbeitsministers wird deutlich, daß, und dies wird durch andere Überlegungen der Wehner-Kommission bestätigt, die SPD eine Nivellierung der Renten über stärkere Anpassung der niedrigen Renten und Besteuerung der hohen Renten anstrebt. Die Leistungsbezogenheit der

Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung würde damit aufgegeben.

Die Argumentation des Bundesarbeitsministers, nur höhere Renten zu besteuern, bestraft alle, die in ihrem Leben lange Jahre erwerbstätig und entsprechend ihrer Leistungen viel verdient haben. Von einer solchen Besteuerung würden insbesondere Angestellte und Knappschaftsrentner, aber auch frühere Doppelverdiener, d. h. Ehepaare, wo Mann und Frau verdient und Beiträge gezahlt haben, betroffen. Sie würden um die Früchte ihrer zusätzlichen Leistungen und ihrer Beitragszahlung gebracht.

Bestraft würden außerdem Bezieher von Zusatzrenten des öffentlichen Dienstes, aber auch Bezieher von Betriebsrenten. Die stärkere Besteuerung hoher Renten bedeutet eine Abschreckung eigener Vorsorgemaßnahmen und der zusätzlichen Altersversorgung durch Betriebe und Zusatzkassen.

Die Äußerungen des Bundesarbeitsministers bestärken den Verdacht, daß die SPD über eine Nivellierung der Renten eine Einheitsrente in einer Einheitsversicherung anstrebt.

Die Aussage des Bundesarbeitsministers, die geplante Rentenbesteuerung betreffe nicht die heutigen Renten, dürfte ins Leere gehen, denn eine Nichtbesteuerung laufender Renten, eine volle Besteuerung der Neurenten nebeneinander, wäre unrealistisch.

■ GESAMTSCHULE

Franz Josef Strauß: Kanzler soll bei der Wahrheit bleiben

Bundeskanzler Schmidt hat in der Sendung des Bayerischen Rundfunks „Aus erster Hand“ am 24. November 1979 Franz Josef Strauß wider besseres Wissen bezichtigt, „eine unter elf Bundesländern zustandegebrachte Vereinbarung darüber, daß man gegenseitig seine Abiturzeugnisse anerkennt, dadurch zu Fall zu bringen, daß alle sich nach der bayerischen Pfeife richten sollen“.

Dazu stellte Franz Josef Strauß fest: Diese von der SPD-Propaganda verbreitete Legendenbildung wurde bereits in der bildungspolitischen Debatte des Deutschen Bundestages vor wenigen Wochen vom bayerischen Kultusminister zurückgewiesen. Tatsache ist dagegen, daß die Unionsländer bereit sind, über die Verlängerung der Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse zu verhandeln; nur muß sich die Gesamtschule messen lassen am Vergleich des gegliederten Schulwesens und kann gegen den Willen der Eltern über die Anerkennung nicht auf kaltem Wege eingeführt werden. Deshalb sind die Verhandlungen festgefahren.

Das hindert aber den Bundeskanzler nicht, sich in die Reihe der Fälscher in Bonn einzureihen und sich an der Verbreitung unwahrer Nachrichten zu beteiligen. Bisher ist die psychologische Kampfführung, nämlich Verwirrung unter den Wählern zu verbreiten, in erster

Linie den Etagen unter ihm vorbehalten gewesen.

Ich bin ein Anhänger des gegliederten Schulsystems, weil in einem Bundesland höchstens in den Großstädten die integrierte Gesamtschule organisatorisch zumutbar wäre. Ob sie pädagogisch richtig wäre, ist eine ganz andere Frage. Bisher hat die Gesamtschule ihren Leistungsbeweis noch nicht erbracht, und die Mehrzahl der Eltern hat sich wie bei dem Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen dagegen ausgesprochen.

In unseren Flächenländern wäre die flächendeckende Gesamtschule mit riesigen Anfahrtswegen, mit Schülersilos, mit Bezugslosigkeit zwischen einer Fülle von Fachlehrern auf der einen Seite und einer Masse von verängstigten Kindern auf der anderen Seite eine Qual für die Schüler und eine Belastung für die Eltern. Dazu käme eine Minderung der Leistungsfähigkeit.

Ich habe in der Öffentlichkeit klar gesagt, daß den Absolventen der Gesamtschulen natürlich die Möglichkeit gegeben werden muß, eine Anerkennung ihrer Abschlüsse bei entsprechenden Leistungen zu erlangen. Kein Unionspolitiker denkt daran, die Kinder in anderen Ländern dafür zu bestrafen, daß die Bildungsreformer und die SPD-Kultusminister alle möglichen Schulerperimente unternommen haben.

Den Sozialdemokraten geht es allein darum, Angst unter den Eltern zu schüren. Wir wollen lediglich, daß das Abitur auch eine ganz bestimmte Leistung verlangen soll, die aber viel besser in den gegliederten Schulsystemen als in dem Einheitsschulsystem erbracht wird. Wir brauchen wieder Leistung, um alle schöpferischen Fähigkeiten für die Meisterung der Zukunftsaufgaben zu mobilisieren.

■ ASYLVERFAHREN

Baums Heuchelei unerträglich

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß und sein Innenminister Tandler haben mit begrüßenswerter Offenheit erklärt, daß die beiden Tschechoslowaken Cermak und Zilka im November des vergangenen Jahres nicht hätten abgeschoben werden dürfen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilt diese Auffassung. Sie wird die Bundesregierung und alle Länderregierungen unterstützen, daß solche Fälle künftig nicht mehr vorkommen können.

So erfreulich die Haltung der Bayerischen Staatsregierung ist, so unsehrös und heuchlerisch ist das Verhalten von Bundesinnenminister Baum. Er versucht, durch eine Pressekampagne Sondergleichen der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, um von seiner eigenen Verantwortlichkeit in diesem Fall abzulenken, erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuß, MdB Carl-Dieter Spranger.

In der Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestags wurde folgendes eindeutig festgestellt:

1. Bundesinnenminister Baum bzw. die ihm unterstellten Behörden wußten mehr als einen Monat vorher von der bevorstehenden Abschiebung der beiden Tschechoslowaken Cermak und Zilka in die CSSR. Die Grenzpolizeiinspektion Freilassing hatte mit Fernschreiben vom 14. Oktober 1978 auf die bevorstehende

Abschiebung hingewiesen, die am 23. November 1978 erfolgt ist.

2. Es mutet wie ein schlechter Witz an, wenn der Bundesinnenminister sich jetzt darauf beruft, aus dem Fernschreiben sei nicht deutlich geworden, daß die beiden Flüchtlinge in die CSSR abgeschoben würden. In dem Fernschreiben wurde klipp und klar erklärt, daß Österreich die Übernahme ablehnte. Es kam deshalb nur die CSSR in Betracht.

3. Der Bundesinnenminister hat mehr als neun Monate gebraucht, um sich dieses Falles überhaupt anzunehmen.

4. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß die beiden Tschechoslowaken hätten nicht zurückgewiesen werden dürfen. Zwar hat sich erst im Jahr 1979 eine deutliche Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts bezüglich dieser Flüchtlinge entwickelt. Die Beamten hätten aber eine Empfehlung der Innenministerkonferenz aus dem Jahre 1966 beachten müssen, in der von einer Abschiebung in den Ostblock abgeraten wurde. Es muß fairerweise jedoch darauf hingewiesen werden, daß der bayerische Innenminister in drei Erlassen — in den Jahren 1966, 1970 und 1979 — auf die Einhaltung des Beschlusses der Innenministerkonferenz verwiesen hat.

5. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert SPD und FDP auf, endlich eine eindeutige gesetzliche Regelung zu treffen, die das Asylanerkennungsverfahren auf eine einwandfreie rechtsstaatliche Grundlage stellt.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Im Sumpf

Irgendwann in seinem Leben ertappt sich wohl jeder Mensch bei dem unausgeglichenen Versuch, in einer Situation plötzlicher Unsicherheit Gefühle der Angst durch besonders markige oder lautstarke Gesten zu überspielen. In Berlin war gestern zu beobachten, daß selbst Parteien dieser Versuchung erliegen können.

Die SPD-Spitze scheint zu Beginn des Berliner Parteitage verunsichert zu sein. Nach den Ursachen braucht nicht lange geforscht zu werden. Da gibt es die konkrete Sorge, der Parteitag könnte Beschlüsse fassen, die, wenn überhaupt, nur von einer schwachen Mehrheit getragen werden. Solche Entscheidungen könnten, ja müßten die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung berühren, und dies nach innen wie nach außen. Denn wie stände Bundeskanzler Schmidt da, würden ihm weite Teile seiner Partei in so zentralen Fragen wie

der Sicherheitspolitik oder der künftigen Energieversorgung die Gefolgschaft verweigern?

Die Situation wird verschärft durch den Umstand, daß die SPD im kommenden Jahr ihre Bonner Bastionen verteidigen muß gegen einen Herausforderer, den sie augenscheinlich mehr fürchtet, als sie zugeben mag. Sie weiß, daß der „paradoxe Deutsche“ eben nicht allein „mit Lachsalven zu ersticken“ ist.

Brandts Versuch einer Strauß-Karikatur mit abgedroschenen Klischees und unbeweisbaren Unterstellungen war eine Entgleisung, die bislang nicht zum Repertoire demokratischer Parteitage im Nachkriegsdeutschland zählte. Tief stieg der SPD-Vorsitzende in den Sumpf der Verleumdungen, um seiner Partei beschwörend zu veranschaulichen, auf welches Spiel sie sich einließe, verweigerte sie dem Bundeskanzler die gewünschte Rückendeckung. Mag sein, daß der Parteivorsitzende selbst nicht für bare Münze nahm, womit er gestern in Berlin bezahlte. Doch nicht einmal auf einem Parteitag darf der Zweck alle Mittel heiligen.

**Hannoversche Allgemeine Zeitung
4. Dezember 1979**

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD